Nummer 47 | Halle, Donnerstag, den 25. Februar 1926. | 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale“ Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Berliner Industrie hat eine Anzahl größerer Auslandsaufträge, besonders aus Schweden, erhalten. Wie wir erfahren, ist in dieser Woche mit keinen weiteren Arbeiterentlassungen und Kündigungen in der Berliner Industrie zu rechnen.

*

Die allabendlich in Berlin stattfindenden kommunistischen Straßendemonstrationen haben auch gestern abend wieder zu Zusammenstößen in mehreren Stadtteilen geführt. In Lichtenberg gab es zwei, in Spandau vier Verletzte. Die bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben sich an den Minister des Innern gewendet, um ein Verbot der kommunistischen Propagandaumzüge in Großberlin zu erreichen.

*

Wie die Londoner „Daily Mail“ aus Moskau meldet, veröffentlicht die „Prawda“ die Gesamtübersicht über die Tätigkeit der Gerichte in Sowjetrußland für das Jahr 1925. Es sind, nach dieser Zusammenstellung, 3845 Todesurteile im letzten Jahre gefällt worden, von denen 3295 vollstreckt worden sind. — Und dabei befürworten die Kommunisten dort wie hier die Abschaffung der Todesstrafe; das soll aber eben nicht für „Bourgeois“ gelten.

*

„Echo de Paris“ meldet: Die Militärkontrollkommission in Berlin hat am 22. d. M. einen neuen Bericht an die Botschafterkonferenz über die deutsche Entwaffnung erstattet. Der Bericht kommt noch nicht zu dem Resultat, daß die deutsche Entwaffnung den von der Reichsregierung eingegangenen Verpflichtungen entspricht. — Die Franzosen werden niemals zugeben, daß wir entwaffnet sind. Denn sonst müßten sie räumen und selbst abrüsten.

*

Das Reichsgericht verurteilte den Gärtner Franz Biersch aus Soest wegen Spionage und Verrates militärischer Geheimnisse an das französische Nachrichtenbureau zu 4 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

*

Der holländische „Courant“ meldet aus Paris: Das Kabinett hat am Montag beschlossen, die Truppenstärke am Rhein im Monat März unverändert zu lassen. Entsprechend dem Vorschlag des Obersten Militärrates werden dagegen die Genietruppen um weitere 2400 Mann herabgesetzt.

*

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, es verlaute, daß Briand seine Zustimmung zur Verminderung der alliierten Streitkräfte im Rheinland auf 60 000 Mann so gut wie endgültig gegeben habe, wenn auch die Auffassung der französischen Militärs über die Ratsamkeit dieses Schrittes geteilt sei. Diese Tatsache erledige die in unbestimmter Form vorgebrachte Idee eines französisch-deutschen Kompromisses, wonach für die Zustimmung Deutschlands zur Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Polen, Frankreich der vollständigen Räumung der Rheinlande noch in diesem Jahre zustimmen werde.

*

Die Polen haben das umstrittene Waldstück von Podgaje, das vor drei Tagen von Litauern besetzt wurde, angegriffen. Das Vorgehen hatte nach polnischen Blättermeldungen Erfolg. Nach einer kurzen Schießerei, bei der auf polnischer Seite niemand verletzt wurde, räumten die Litauer, von überlegenen Streitkräften angegriffen, das Geländestück. Hierbei fielen acht Litauer, unter ihnen drei Grenzpolizeibeamte, in polnische Gefangenschaft.

*

Wie aus Kairo gemeldet wird, hat eine englische „Strafexpedition“ gegen den Nubastamm im oberen Sudan 35 Todesopfer unter den Eingeborenen gefordert. 300 Rebellen wurden als Gefangene nach Kartum gebracht.

*

Die Londoner „Times“ melden aus Neuyork: Senator Borahs Rede gegen Amerikas Beitritt zum europäischen Mächtekonzern und zum Haager Schiedsgericht enthielt auch die Warnung vor einem neuen europäischen Krieg. Borah sagte: Europa ist heute näher dem Krieg, als es 1912 gewesen ist. Die Gefahr ist heute nicht mehr Deutschland, aber die Gefahr ist groß.“ — „Klar siehet, wer von ferne sieht“, lautet der erste Spruch des großen chinesischen Weisen Laotse.

*

Die gestern in Neuyork zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte Gemeinschaftsanleihe für die deutschen Kommunalverbände wurde sofort überzeichnet.

*

Der Pariser „Herold“ meldet aus Neuyork: Der mexikanische Gesandte protestierte gegen die Senatsabstimmung, die die Ansiedlungsrechte der Mexikaner in den Vereinigten Staaten aufhebt. In den Grenzdistrikten der Union ist es zu schweren Ausschreitungen gegen Mexikaner gekommen. Mehrfach mußten die Milizen aufgeboten werden.

Chamberlain für Erweiterung des Völkerbundsrates.

Der englische Außenminister Chamberlain führte gestern in einer Rede in Birmingham u. a. aus: Aus Anlaß der Umbildung des Völkerbundsrates, welche den Eintritt Deutschlands zur Folge hat, sei die Frage erhoben, wie die zukünftige Zusammensetzung des Rates sein soll. Die große, zur Erörterung stehende Frage war, ob, abgesehen von Deutschland, noch irgendeine Vergrößerung des Rates stattfinden solle.

Er wolle einen Gesichtspunkt geltend machen, der zu wenig beachtet worden sei. Der Völkerbundsrat bestehe aus 10 Mitgliedern und mit Einschluß Deutschlands aus 11. Scheine es, daß 11 Mitglieder hinreichend seien, um das moralische Urteil der Welt zu sprechen, wenn in irgendeinem gegebenen Augenblick 6 von den 11 Mitgliedern nicht in der Lage seien, ihre Stimme abzugeben, oder an einer Entscheidung sich zu beteiligen, weil sie selbst interessierte Parteien seien und die Ansichten des Rates dann die Ansicht einer Minderheit sein würden?

Es gäbe gute Gründe für eine Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder, damit nämlich in Fällen, wo so viel von der moralischen Autorität ihrer Entscheidung abhänge, diese Entscheidung von der Welt als autoritativ anerkannt werden könne.

Die Regierung heiße Deutschland im Völkerbund willkommen, weil sein Eintritt ein Schritt vorwärts sei in dem Werke der Versöhnung zwischen den Feinden von gestern, von dessen Erfolg der Frieden von morgen abhänge.

Irgendwelchen Nationen das Recht streitig zu machen, daß ihr Anspruch auch nur in Erwägung gezogen werden könnte, sei etwas, was die deutschen Staatsmänner zu klug seien zu tun im Interesse ihres eigenen Landes und seiner neuen Stellung in der neu aufgebauten Welt.

*

Daß „gute Gründe“ für England bestehen, eine Vermehrung der Ratssitze nicht rundweg abzulehnen, ist sehr richtig (vgl. Leitartikel), aber die Gründe, die Chamberlain vortrug, sind nur Vorwände. Denn was er da von Schwierigkeiten bei Abstimmungen sagt, gilt genau so, wenn noch einige Nationen mehr im Völkerbundsrat sitzen.

Aber noch etwas anderes: Chamberlain sagt am Schluß klipp und klar, daß die deutsche Regierung „zu klug“ sei, gegen die Vermehrung der Ratssitze zu opponieren. Das deutsche Volk hat das Recht, Auskunft zu verlangen von seiner Regierung, wie Chamberlain trotz des eindeutigen Beschlusses des Reichstagsausschusses für äußere Angelegenheiten so etwas behaupten kann. Oder darf man hoffen, daß bereits Verhandlungen der im Schluß des Leitartikels angedeuteten Art schweben, trotzdem soeben erst die etwas sonderbare Erklärung ausgegeben wurde, Deutschland ließe über die Frage der Völkerbundsratssitze nicht mit sich handeln?

Protest des englischen Parlamentsausschusses.

Der Parlamentsausschuß der englischen Liga für Völkerbund, der über 400 Mitglieder des Unterhauses umfaßt, nahm auf Antrag seines Vorsitzenden, des konservativen Abgeordneten Sir Ellis Hume-Williams, und unterstützt von dem Mitglied der Arbeiterpartei Tom Shaw folgende Resolution an:

Das Komitee betrachtet den Vorschlag, die Sondertagung des Völkerbundes, die zu dem alleinigen Zweck der Wahl Deutschlands in den Völkerbund und entsprechend den Abmachungen von Locarno der Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland festgesetzt worden ist, zum Gegenstand weiterer grundlegender Aenderungen in der Zusammensetzung des Rates zu machen, mit ernster Besorgnis.

Das Komitee ist der Meinung, daß ernste Bedenken gegen eine Erweiterung des Völkerbundsrates bestehen, und fordert dringend, daß die Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt starken Widerstand allen solchen Abänderungen entgegensetzt.

Ein neuer Winkelzug Frankreich-Polens. Drohung mit einem Bündnis Polens mit Rußland.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, in diplomatischen Kreisen in Paris glaube man, daß den Besprechungen zwischen dem britischen Gesandten in Warschau und dem Grafen Skrzynski am vorigen Freitag eine gewisse Wichtigkeit beizumessen sei.

Wenn Polen in seinen Bestrebungen nach Erlangung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat ein Mißerfolg bereitet werden sollte, so würde vermutlich Graf Skrzynski und sein gegenwärtiges Kabinett zurücktreten müssen und ihre Nachfolger würden, wenn sie auch irgendwelche übereilten Schritte, wie den Austritt aus dem Völkerbund, vermeiden würden, doch sicherlich nach irgend einer Art von Rückversicherung Ausschau halten, vielleicht durch eine Art von Annäherung an Rußland. Als Tschitscherin im letzten Sepember in Warschau gewesen sei, habe er Vorschläge gemacht, die vielleicht heute angenommen werden könnten.

*

Die neue Demarche der Reichsregierung bei den Ratsmächten des Völkerbundes ist gestern mit dem Besuch des Herrn Dr. Stahmer bei Chamberlain vorläufig zum Abschluß gebracht worden. Wie verlautet, wird auch Dr. Stahmer persönlich in Berlin berichten.

Der Personalabbau in Preußen.

Im Beamtenausschuß des Preußischen Landtags erstattete Abg. Meyer-Herford (DVP.) Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses zum Personalabbau. Der Abbau soll mit rückwirkender Kraft auch für die Gemeinden eingestellt sein. Die Vorschläge des Unterausschusses wurden im wesentlichen angenommen.

Eine längere Aussprache ergab sich zu dem § 8 über Maßnahmen zur weiteren Verminderung der Personalausgaben in der Staatsverwaltung. In Verbindung hiermit wurde der § 20, der sich auf

das Schulwesen

bezieht, zur Besprechung gestellt.

Der Vertreter des Staatsministeriums erklärte, daß die Bestimmungen unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben müssen. Gehe man jetzt nicht dazu über, die Einstellung von Beamten soweit als möglich zu unterbinden, so bestehe die Gefahr, daß man später zu einem erneuten Abbau kommen müsse.

Im Ausschuß waren die Ansichten sehr geteilt. Abg. Barteld (Dem.) war gegen Neueinstellung, wenn solche nicht unbedingt erforderlich sei. Grundsätzlich sei eine möglichst scharfe Einstellungssperre erforderlich. Die Abgg. Bauermann (DVP.) und Ebersbach (Dn.) wollen die Sparsamkeitsmaßnahmen der Regierung nur dann mitmachen, wenn die Regierungsparteien geschlossen für die Vorlage stimmen. Da durch die neue Hauszinssteuer 19 Mill. M. weniger aufkommen, so müsse sowohl bei den sachlichen wie bei den persönlichen Ausgaben gespart werden.

Abg. Frau Zigahl (Z.) setzte sich für die Ausschußvorlage ein. Abg. Schwenk-Oberhausen (W. Vgg.) bemerkte, daß auch durch Aufhebung von zu gering besetzten Schulklassen geholfen werden könne.

Abg. König (Soz.) war gegen eine schematische Uebertragung der einzelnen Bestimmungen auf die Schulverwaltung. Im vergangenen Jahre habe man fünf Millionen für die Junglehrer bewilligt und hier wolle man Stellen abbauen.

Abg. Gast (Z.) fand es unverständlich, daß die Sozialdemokratie, die die wichtigsten Ministerien innehabe, reine Agitationsanträge stelle.

Die Abstimmung wurde schließlich ausgesetzt. Eine weitere ausführliche Besprechung fand zu den Paragraphen statt, die die Bestimmungen enthalten, unter denen

verheiratete weibliche Beamte

entlassen werden sollen. Von den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten war die Streichung dieses Gesetzteiles beantragt worden. Berichterstatter Abg. Meyer-Herford (DVP.) erklärte, daß es sich hier um eine Ausnahmestellung der weiblichen Beamten handle, daß dem aber ein Entgegenkommen bei dem freiwilligen Ausscheiden unter Gewährung einer Abfindungssumme gegenüberstehe. Ministerialdirektor Fimmen betonte, die grundsätzliche Streichung sei mit Rücksicht auf die Reichsbestimmungen nicht möglich. Für die weiblichen Beamten, die nach dem 8. Aug. 1925 ausgeschieden sind, sollen die erhöhten Abfindungssätze bezahlt werden. Darauf wurde dieser Gesetzesteil unter Ablehnung des Streichungsantrages gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

— Das Abrücken des Zentrums von den Linksparteien verdient besondere Beachtung.

Ministerpräsident Braun und der Richterstand.

Eine volksparteiliche Anfrage.

Nach Blättermeldungen hatte auf dem Reichsbannertag in Hamburg der preußische Ministerpräsident Braun bemerkt, daß sich leider einzelne Organe des Richterstandes schützend vor die Feinde der Republik stellen und verhindern, daß endlich in das dunkle Treiben der Fememörder und vornehmlich ihrer Hintermänner hineingeleuchtet wird. Laut „Täglicher Rundschau“ hat die Deutsche Volkspartei im Preußischen Landtag diese Aeußerung zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht, in der die Frage gestellt wird, ob der Ministerpräsident diese oder inhaltlich gleiche Aeußerungen getan habe, auf welche Tatsachen sich diese Behauptungen gründen, wer die Tatsachen festgestellt habe und ob alsbald gegen die beteiligten schuldigen Beamten auf Grund der festgestellten Tatsachen Strafverfahren oder Disziplinarverfahren eingeleitet worden seien.

Neue Möglichkeiten.

Aenderungen der Weltlage / Zugepackt!

Im fernen Osten scheint ein völliger Wandel vor sich zu gehen. Japan beweist durch Wort und Tat deutlich die Absicht, seinen Einfluß in der reichen Mandschurei zu erweitern, und sein Schützling General Tschangtsolin, der offizielle Herr der Mandschurei, hat sich mit seinem langjährigen Gegner General Wupeifu geeinigt, der ein Günstling und Vorkämpfer Englands ist. Beide richten ihre Waffen gegen den Russenfreund General Feng. Bisher hielt es Tschangtsolin nur mit Japan und gegen Feng und gegen Rußland und England zugleich.

Das alles ist kaum anders zu erklären, als daß zwischen England und Japan ein neues Bündnis zustande gekommen ist, nach dem Japan auf den mit Rußland im vergangenen Jahre geschlossenen Bund verzichtet und zusammen mit Tschangtsolin zu England und Wupeifu übergegangen ist gegen Rußland und General Feng.

Im Westen des großen Landblockes Europa-Asien ein ganz ähnliches Bild: Deutschland, das nach Versailles im großen Spiel der englischen Weltpolitik zwischen England, Rußland und Frankreich eine ähnliche Rolle spielte wie Tschangtsolins Mandschurei zwischen England, Rußland und Japan, ist jetzt durch Locarno Vorkämpfer Englands geworden — gegen Rußland —, und Frankreich, das bisher Deutschlands Schicksal vorwiegend bestimmte, wie Japan das Tschangtsolins, ist ebenfalls in ein neues Bündnis mit England getreten. Um die Aehnlichkeit vollständig zu machen, sei darauf verwiesen, daß in Englands Weltpolitik Mussolini sein fernöstliches Pendant in dem von England abhängigen Wupeifu hat.

So erstaunlich das sein mag, so offensichtlich ist, daß die Locarnoverträge Westeuropas ein fast gleichartiges Gegenstück im fernen Osten haben. Und dort wie hier hat England die Führung an sich genommen und damit einen großen diplomatischen Erfolg über seinen Hauptgegner Rußland errungen.

Während aber England im fernen Osten bei dem dortigen Frankreich, bei Japan, anscheinend vollen Erfolg gehabt hat, sieht es jetzt — und das ist neben der Verfeindung zwischen Japan und Rußland das Neue der augenblicklichen Weltlage — ganz so aus, als ob es einen Mißerfolg bei dem europäischen Frankreich erleben könnte.

Frankreich hat soeben einen Vertrag mit der Türkei geschlossen, der in England größte Erregung hervorruft. Das entscheidende Merkmal dieses Abkommens ist, daß Frankreich den Türken die Verfügung über den an der türkisch-syrischen Grenze laufenden Teil der Bagdadbahn im Fall eines Krieges überläßt und ihnen völlige Neutralität zusichert. Bisher behielten sich die Franzosen die Verfügung über die Bahn vor, und der Zweck der vor Weihnachten zwischen England und Frankreich gepflogenen Orientverhandlungen war, den Engländern für den Fall eines Krieges mit der Türkei um das Mossulgebiet die französische Erlaubnis zur Benutzung dieser Bahnstrecke zu erwirken. Im übrigen gingen die damaligen französischen Verhandlungen ebenso allgemein auf ein Zusammenarbeiten im Orient hin, wie die jetzigen Abmachungen Frankreichs auf ein Zusammenarbeiten mit der Türkei.

Mit anderen Woren: Frankreich droht von Englands Seite zu der englandfeindlichen Türkei überzuwechseln. Die volle Bedeutung dieses französischen Schrittes wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß die Türkei soeben einen Freundschaftsvertrag mit Persien — diesem für England so wichtigen Zwischenglied auf dem Landweg nach Indien — und einen Bündnisvertrag mit Rußland geschlossen hat, dem Hauptgegner Englands.

Der Zweck, den Frankreich bei diesem überraschenden Abkommen mit der Türkei verfolgt, ist klar: es will auf England einen Druck ausüben, damit es sich den französischen Völkerbundswünschen gegen Deutschland fügt. Also an der syrisch-türkischen Grenze soll die Entscheidung über Deutschlands Stellung und Rechte im Völkerbund fallen.

Für Frankreich steht die Frage so: Entweder gemäß Locarno mit England und Deutschland in den Völkerbund, aber das nur, wenn Frankreich im Völkerbund durch Zuteilung von Sitzen an seine Verbündeten Polen, Spanien usw. nicht unter englische Vormundschaft kommt, sondern die Uebermacht gewinnt — und also nicht abzurüsten braucht, sondern trotz seiner geringen Bevölkerungszahl Großmacht durch Waffengewalt bleiben kann. Oder Ablehnung Locarnos, d. h. Ablehnung der englischen Vormundschaft über Frankreich (als ein europäisches Japan) durch Bruch mit England und Deutschland und Anlehnung an Türkei-Rußland.

Für uns Deutsche gilt es, die große Bedeutung des jetzigen französisch-türkischen Abkommens im Zusammenhange der europäischen und der Weltpolitik sofort richtig zu erfassen. Denn England ist durch den Schritt Frankreichs in eine schwierige Lage gebracht: Locarno droht zu scheitern, Frankreich — auf dessen Landmacht England für einen etwaigen Krieg gegen Rußland vor allem rechnete, — droht sich zu entziehen und vielleicht sogar zum Gegner Englands, zu Rußland, überzugehen.

Gerade wenn man sich klar macht, daß Locarno nur die eine der beiden ganz gleichartigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1926022501l/fragment/page=0001
DFG

Zangenflügel ist, die England um seinen großen Gegner Rußland im Westen und im Osten des Landblocks Europa-Asien zu legen sucht, wird man um so sicherer darauf rechnen, daß England alles daransetzen wird, um Frankreichs Völkerbundswünsche (Ratssitze für Polen, Spanien, Brasilien) gegen Deutschland weitmöglichst zu befriedigen. Daher z. B. der höchsteigene Besuch des englischen Generalsekretärs des Völkerbundes in Berlin; daher Chamberlains Hartnäckigkeit gegenüber all den Protesten fast ganz Englands gegen die französischen Ansprüche auf Vermehrung der Ratssitze. Die öffentliche Meinung Englands durchschaut eben einfach Chamberlains großen doppelseitigen Zangenangriff gegen Rußland nicht, sondern sieht genau wie Deutschland nur die eine, die europäische Seite, und fürchtet die Machterweiterung Frankreichs, das ja nur eine Schachfigur in Chamberlains großem Spiel ist.

Jetzt gilt es für uns, fest zu bleiben: entweder Locarno in der zugesagten Form (keinen weiteren Ratssitz außer an uns) oder überhaupt kein Locarno. Ohne uns ist der Zangenangriff auf Rußland auf der europäischen Seite unmöglich. Und Frankreichs Einfügung in die Locarnoverträge hat für England nur Zweck, wenn nicht Frankreich, sondern England maßgebend im Völkerbund ist, denn nur dann können die Völkerbunds- und Locarnomächte dem englischen Plan entsprechend als westlicher Flügel der Zange dienen.

Bleiben wir fest, so muß Frankreich nachgeben. Denn England kann für seinen Plan allenfalls Frankreich, aber nicht uns entbehren, und es hat die Macht, Frankreich, in dem die Finanzkrise immer unlösbarer wird, durch finanziellen Druck gefügig zu machen. Zumal das Stocken der französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen zeigt, daß Amerika hinter England steht gegen Frankreichs Militarismus und Finanzmißwirtschaft. Der französische Vertrag mit der Türkei ist nur ein Bluff: Frankreich ist heute gar nicht in der Lage, zusammen mit Türkei-Rußland gegen England-Amerika-Deutschland Front zu machen. Wohl aber fordert es durch diesen tatsächlich geradezu frechen Trick mit der Türkei seine schon nicht mehr zahlreichen Freunde in England heraus und bereitet einem deutsch-englischen Abkommen den Weg.

Dieses etwaige deutsch-englische Abkommen braucht durchaus kein Bündnis zu sein. Denn ganz gewiß sind die Engländer die größten Gauner der Weltgeschichte, und nichts wäre närrischer, als ihnen noch einmal wie beim Dawesplan und in Locarno zu trauen. Aber nüchterne Außenpolitik vertraut überhaupt nie, gibt nie Kredit, sondern macht Tauschgeschäfte Zug und Zug, Ware gegen Ware, Vorteil gegen Vorteil. Und brauchbare Ware kann auch der Gauner haben und geben.

Der Konflikt zwischen Frankreich und England gibt uns die Möglichkeit, von England große, greifbare Zugeständnisse — nicht Locarnogeister und Silberstreifen — zu erhalten: Freiheit der Luftschiffahrt und des Flugzeugbaues, Verzicht auf Militärkontrolle, Räumung der beiden noch besetzten Rheinlandzonen und des Saargebiets. Aber es heißt für uns: festbleiben und jedes Entgegenkommen in Völkerbunds- [illegible] bis wir Englands Zusagen [illegible] fest in der Hand haben.

Französische Ueberspannung ermöglicht es uns, aus Englands Verlegenheit Vorteil zu schlagen und prompt hereinzuholen, was in Locarno von unsern Vertretern gegen unsichere Wechsel krediert wurde. Solche Gelegenheit darf man nicht auslassen.

Dr. H. Elze.

Steuerherabsetzung in den Vereinigten Staaten.

Das Repräsentantenhaus nahm den kürzlich von dem gemeinsamen Ausschuß des Repräsentantenhauses und des Senates angenommenen Gesetzentwurf an, durch den die Steuern für das kommende Fiskaljahr um 387 Millionen Dollar herabgesetzt werden. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Genehmigung durch den Senat, bevor er dem Präsidenten Coolidge zur Unterzeichnung zugeht. — Wenn die reichen Amerikaner Ersparnisse in Höhe von 1,625 Millionen Mark für nötig halten, was müßte da das verarmte Deutschland von seinen Parlamenten verlangen?

Schutz vor Verleumdung!

Protest des Abg. Müller vor dem Landtag.

Im Preußischen Landtag gab es gestern folgenden Zwischenfall: Der völkische Abg. Wulle betrat, lebhaft mit kommunistischen Zurufen wie „Fememörder", „Mordbube" usw. bedacht, die Rednertribüne, um in einer Erklärung zu dem Schreiben des Mörders Grütte-Lehder Stellung zu nehmen, das an den Feme-Untersuchungsausschuß des Landtags gerichtet war und wiederum die Behauptung aufstellte, Grütte-Lehder sei von den völkischen Abgeordneten Wulle und Kube zu dem Morde angestiftet worden. Wulle erklärte, daß dieses Schreiben des Grütte-Lehder von den ungeheuerlichsten und erlogensten Behauptungen strotze.

Er habe am 5. Februar schriftlich bzw. mündlich das Justizministerium, die Staatsanwaltschaft und die politische Polizei ersucht, entweder gegen ihn ein Verfahren einzuleiten, wenn begründete Unterlagen dazu vorhanden wären, oder aber ihn gegen diese Gemeinheiten zu schützen. Bis zum heutigen Tage sei er aber ohne Antwort darauf geblieben. Er müsse daher feststellen, daß ein preußischer Landtagsabg. vogelfrei ist, wenn er völkisch ist.

Das Haus nahm diese Erklärung mit großer Unruhe entgegen. Die letzte Feststellung in ihr wurde mit Zustimmung auf der Rechten und anhaltendem Gelächter auf der Linken quittiert. Der völkische Abg. Körner beantragte, den Fall Grütte-Lehder dem Feme-Untersuchungsausschuß des Landtags mit zur Untersuchung zu überweisen, und das Haus beschloß demgemäß.

— Was soll das Volk eigentlich vom Parlament und Parlamentarismus halten, wenn es möglich ist, daß ein Parlamentsmitglied immer und immer wieder vor aller Oeffentlichkeit als Mörder verschrien werden kann, aber keine der zuständigen Justizbehörden einen Finger rührt, um den Fall aufzuklären? Schließlich ist doch das Wort „Mörder" das Schlimmste, was einem Menschen nachgesagt werden kann, und jeder von uns stelle sich nur einmal vor, daß er selbst so in aller Oeffentlichkeit immer wieder als Mörder bezeichnet würde und mit diesem Makel belastet herumgehen müßte. Wozu ist die Justiz da, wenn sie einen in dieser Weise vor der Oeffentlichkeit Gebrandmarkten das Recht verweigert, seine Unschuld zu beweisen und seine Ehre wiederherzustellen? Ob der „Mörder" Völkischer oder Kommunist oder sonst etwas ist, ist ganz gleich: das Recht, das jeder Verbrecher und jeder normale Bürger hat, wird man im Zeitalter des Parlamentarismus ja wohl auch einem Parlamentarier nicht verweigern können.

*

Oberstleutnant a. D. Ahlemann, der von Grütte-Lehder in seinem Brief an den Femeuntersuchungsausschuß als Urheber eines Attentatsplans auf Minister Severing bezeichnet worden war, hat aus diesm Anlaß bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen sich selbst beantragt.

Die Hölle Polen.

Zu den jetzigen neuen Deutschenverfolgungen in Polnisch-Oberschlesien, denen u. a. der Bergwerksinspektor Lamprecht zum Opfer fiel, veröffentlicht die „Berl. Börsenztg." unter obiger Ueberschrift eine Darstellung aus Oberschlesien, der wir folgendes entnehmen:

Ein Grubenarbeiter steht in der Kneipe am Schenktisch. Er spricht deutsch, wie seine Mutter gesprochen hat. Zwei Polizisten treten herein, gehen an ihm vorbei ins Nebenzimmer. Dann kommt ein Spitzel ins Lokal, einer von Tausenden, ein bestochenes Subjekt übelsten Rufes. Er hänselt den Deutschsprechenden, schlägt nach ihm. Der wehrt ihn ab. Sie fassen sich. Der Spitzel zieht ihn zu den Polizisten ins Nebenzimmer und schließt die Tür. Der Deutsche ist ein großer kräftiger Mann. Er kommt nach einigen Minuten wieder heraus, ruhig, um sein Bier auszutrinken. Der Spitzel bleibt drin. Da tritt ein dritter Polizist ins Lokal und geht ins Nebenzimmer.

— Der Deutsche hat sein Bier ausgetrunken und greift zum Hut, da stürzen sich die drei Polizisten und der Spitzel auf ihn und stoßen ihn mit aller Gewalt durch die aufgerissene Tür in den Hausflur. Dort dreht einer von den Schuften das Licht aus, das den Platz vor dem Hause erleuchtet. Dort schlagen die entmenschten Bestien den Unglücklichen zum zweitenmal zu Boden und in der Finsternis beginnt die Folter. Angstvoll lauschen die Gäste im Lokal und der Wirt auf die Kolbenschläge, die ununterbrochen auf den armen Körper niedersausen, und zwischendurch auf verzweifeltes Stöhnen. Dann wird es still.

Der Deutsche liegt wie tot, eine große Blutlache am Kopf. Dann erwacht er aus seiner Betäubung, erhebt sich schwerfällig, taumelt einige Schritte und stürzt wieder zu Boden. Eine zweite Blutlache bildet sich. Dann fesseln ihn die Bestien und schleppen ihn unverbunden ins Polizeigefängnis, nachts um 11 Uhr.

Seine Frau, benachrichtigt von Augenzeugen dieser entsetzlichen Mißhandlungen, kommt in Todesangst zur Wache und bittet um seine Freilassung. Roh wird sie abgewiesen. Noch acht Stunden muß der Unglückliche in der Zelle verbringen, dann endlich lassen sie ihn fort. Kerngesund hat er sich tags vorher von seiner Frau verabschiedet, ein Krüppel kehrt ins Haus zurück. Viele Wochen liegt er im Krankenhaus.

„Gebessert" wird er entlassen. Er kann noch nicht arbeiten, die Familie leidet Not. Da fliegt ihm ein Amtsbrief ins Haus, eine Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Man höre und staune! Es kommt zur Gerichtsverhandlung. Die drei Polizisten und der Spitzel schwören. Sie haben nichts gesehen. Sie haben ihn nicht geschlagen. Er habe vielmehr auf sie mit seinem Spazierstock losgeschlagen.

Der galizische Richter verurteilt den Unglücklichen zu vier Monaten Gefängnis. Die Knappschaft sperrt darauf das Krankengeld, die Not der Familie wächst. Aber der Gefolterte wehrt sich, er legt Berufung ein. Ein Verteidiger bringt neue Zeugen. Der wahre Sachverhalt wird erwiesen. Die Berufungskammer spricht den Mann frei, obwohl die Polizisten und der Spitzel bei ihren Aussagen verbleiben. Das Wort „Meineid" liegt in der Luft.

Der Verteidiger spricht es offen aus.

Die Freisprechung des Angeklagten verurteilt die Polizisten. Aber kein Staatsanwalt erhebt eine Anklage gegen sie. Nicht einmal disziplinarisch werden sie gefaßt. Sie bleiben ungestört auf ihren Posten, können weiter das Volk, das oberschlesische Volk, prügeln und — foltern. Und wenn ihnen das Glück hold ist, wenn sie wieder einmal jenen Unglücklichen in die Gefängniszelle sperren können, dann wird er sich aus Schuldbewußtsein an der Türklinke aufhängen. Dann braucht man keine Anzeige mehr zu erstatten, es gibt auch keine Zeugen. Der Staat ist befreit von einem unbequemen German.

So endete Lamprecht!

Ob auch über diese Angelegenheit Gras wachsen wird?

*

Auch das offizielle Organ der Sozialdemokratie, der Berliner „Vorwärts", veröffentlicht einen Bericht aus Oberschlesien. Darin wird zunächst ganz sachlich dargelegt, daß die polnischen Behauptungen von deutschen staatsfeindilchen Organisationen und Umtrieben völlig aus der Luft gegriffen sind. Die Nervosität der Polen rühre daher, daß in Polnisch-Oberschlesien ein unaufhaltsamer Stimmungsumschwung selbst bei den dort ansässigen Polen zugunsten Deutschlands vor sich geht, weil die Verhältnisse im deutschen Teil Oberschlesiens im Vergleich zu denen des polnischen Teils geradezu ideal seien.

Soweit kann man der Darlegung des „Vorwärts" nur zustimmen, zumal sie geradezu wie von einer Spur von nationalem Empfinden durchzogen scheint. Aber dann folgt in dem Bericht eine Stelle, die wir wörtlich wiedergeben, weil sie in geradezu klassischer Weise die Grundeinstellung der Sozialdemokratie zeigt, mit der ein national Empfindender eben niemals mitgehen kann. Der „Vorwärts" schreibt:

„Es ist begreiflich, daß auch unter den deutschen Sozialisten Oberschlesiens starke Erregung herrscht. Auch sie sind von der Staatsrettungsaktion betroffen worden und stehen mit auf den Proskriptionslisten, die von der polnischen Nationalistenpresse aufgestellt werden.

Das alles kann sie aber nicht beeinträchtigen in der Erkenntnis, daß deutsche und polnische Arbeitnehmer im Kampf gegen das Kapital und gegen Mißstände der Verwaltung zusammengehören, und daß es nur der Sache des gemeinsamen Gegners dient, wenn der nationalistische Zankapfel unter die Arbeiter geworfen wird in einer Zeit, in der ihr Zusammengehen notwendiger ist denn je."

Da haben wir wieder den Dolchstoß gegen die gemeinsame Abwehrfront des deutschen Volkes gegen den feindlichen Fanatismus, gegen alles, was deutsch ist. Lieber von den Polen alles ertragen, das Deutschtum in Polen unter unerhörtesten Gewalttaten auch gegen deutsche Arbeiter ausrotten lassen, als auf den Klassenkampf gegen die eigenen Volksgenossen verzichten.

Daß Nationalgefühl nichts anderes als der natürliche und notwendige Selbsterhaltungstrieb der Rasse ist, und daß ohne ihn die Rasse, das Volk zertreten und vernichtet wird mitsamt allen in unlösbarer Schicksalsgemeinschaft mit ihr verbundenen Klassenkämpfen und Internationalisten: was scheert es die, deren Vorgänger einst an die internationale Solidarität ehrlich glaubten, die aber selber diesen Glauben längst nicht mehr haben und ihn nur noch als Mittel benutzen, um die politische Führung des unter ihrem Einfluß immer mehr in Elend versinkenden deutschen Volkes zu behalten.

Der Empfang der „Westphalia" in Hamburg.

Die „Westphalia", die auf der Reise nach Neuyork bei schwerstem Seegang die gesamte, aus 27 Köpfen bestehende Mannschaft des schiffbrüchigen holländischen Frachtdampfers „Alkaid" gerettet hatte, ist Dienstag in den Hamburger Heimathafen zurückgekehrt, wo dem Kapitän Graalfs und der Besatzung des Schiffes ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Auf den St. Pauli-Landungsbrücken hatten sich zum Empfang der Seehelden die von der Hapag eingeladenen Gäste, darunter Bürgermeister Dr. Petersen, versammelt. Eine Barkasse brachte sie nach der „Westphalia", wo Kapitän Graalfs im Kreise seiner Offiziere und Mannschaften auf das herzlichste begrüßt wurde.

*

An Bord des Dienstag von Neuyork im Hamburger Hafen eingetroffenen Dampfers „Westphalia" veranstaltete die Hamburg-Amerika-Linie zu Ehren der an der Rettung der Besatzung des holländischen Dampfers „Alkaid" am 1. Februar beteiligten Mitglieder der Besatzung einen Empfang. Nachmittags um 3 Uhr begaben sich Hamburgs erster Bürgermeister Dr. Petersen zusammen mit einer Reihe von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, der Schiffahrtskreise und der Presse auf die „Westphalia". Zunächst richtete Ministerialrat Lahr im Namen der Reichsregierung, des Reichswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amts Worte des Dankes an Kapitän Graalfs und die Besatzung. Darauf überreichte Bürgermeister Dr. Petersen

eine Ehrenurkunde des Senats,

die den Leuten der „Westphalia" den Dank der alten und freien Hansastadt ausspricht. Kapitän Graalfs erwiderte mit wenigen schlichten Worten, in denen er für den herzlichen Empfang auf deutschem Boden dankte. Unter dem Beifall der Versammelten gelangte nach dem Empfang folgendes vom Reichspräsidenten von Hindenburg an Kapitän Graalfs gerichtete Telegramm zur Vorlesung:

„Ihnen und der Besatzung der ‚Westphalia' verdankt eine schwer gefährdete Schiffsbesatzung ihre Rettung aus Seenot. Ich beglückwünsche Sie und Ihre Besatzung zu dem Gelingen des Rettungswerks und spreche Ihnen allen für den Mut und die Selbstaufopferung, die Sie hierbei bewiesen haben, im Namen des Reichs Dank und Anerkennung aus."

Der deutsche Reichspräsident.
v. Hindenburg.

Der Hellseher im Lotto.

Von unserem römischen Korrespondenten.

33 — 48 — 8 — 15 — 60.

Der Ziffernarm hängt einladend heraus wie der Arm mit dem Krug. Was ein guter Italiener ist, dem greift der Arm der Fortuna bis ins innerste Gemüt und verursacht durch Zusammenschluß verschiedener Denkleitungen und Zahlenreflexe einen Kurzschluß in der Zentrale: Ich spiele! Die Zahl meiner Tanten multipliziert mit der Zahl meiner Kinder, die Zahl des Straßenbahnwagens, abzüglich der Nummer des Autos, das mit ihm zusammengestoßen ist, plus Datum, die Zahl meiner Westenknöpfe und die geheimnisvolle Ziffer, die der Zeisig auf dem letzten Jahrmarkt gezogen hat.

Und er verschwindet unter dem zahlengrinsenden Arm in einem der staatlichen Lädelchen, die sich mit den Tabakbuden und den Posthöhlen in den Ruf teilen, zu den wildromantischsten und abenteuerlichsten Gegenden der Apenninenhalbinsel zu gehören. Fremde trauen sich nur selten in diese dunkle Amtlichkeit, sie fürchten sich, eine Briefmarke oder eine Monopolzigarette zu kaufen, wie sollten sie also nicht einen Bogen schlagen um den „Banco Lotto", in dem ein verschmierter Tisch, ein zerbrochenes Tintenglas und eine verblichene Signorina hausen. Staatswirtschaftler denken darüber freilich anders, bringt doch das Glücksspiel dem Finanzminister jährlich so etwas wie eine Milliarde ein.

Plötzlich ist nun aber das italienische Lotto in aller Mund. Sogar zwei amerikanische und eine sowjetistische Zeitung haben Sonderberichterstatter nach Apulien entsandt, nach San Fernando, zum Monco. Der Monco ist nämlich ein Heiliger oder ein gemeingefährliches Subjekt, ein Kassenfüller oder ein Banksprenger. Je nachdem. Entweder endet er im Zuchthaus oder als Finanzminister. So etwas interessiert in der 5. Avenue wie im Kreml.

Eine etwas schmerzhafte Vorgeschichte: Dem bis dahin nicht in die Erscheinung getretenen jungen Mann namens Ignazius Torraca krepiert eine Rakete in der Hand. Der Dorfarzt schneidet mit raschem Messer den qualvollen Fetzen vollends ab und sichert sich damit die ewige Dankbarkeit des Monco. Ein Monco ist eben ein Mann mit einem Armstummel. Der Monco braucht nicht lange zu grübeln, wie er sich dem Doktor erkenntlich zeigen könne. Marchese oder Landstreicher, Bürgermeister oder Dorfarzt oder Spittelweib — alle träumen den gleichen Traum, alle sehen in einem sicheren „Ambo" das irdische Glück. Und der Monco hat ein Gesicht und er flüstert seinem Wohltäter die beiden Doppelzahlen zu und — San Fernando hat seinen ersten Millionär! Also erkannte der Monco seine übersinnlichen Fähigkeiten, prüfte sie am Bürgermeister — der zweite Millionär! Sich selber auf gleiche Weise zum dritten zu machen, soll er dann nicht mehr nötig gehabt haben. Sein Hellsehertum verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch die Lande, Wertbriefe und Frauen flogen ihm in die Arme, ein Strom von modernen Argonauten ergoß sich nach Apulien. Der Staat aber erzitterte.

Wie stellt es nun der Seher an, um schon am Freitag die Nummern zu sehen, die am Samstag im Lotto gezogen werden? Er hat natürlich sein System. Am Donnerstagabend gießt er in ein Glas, dessen linke Wand der Daumen umspannt, während die vier anderen Finger horizontal die rechte umspannen, eine blutfarbene Flüssigkeit, von der schon die Alten sagten, es sei die veritas, die Wahrheit, in ihr enthalten. Darauf biegt er den gebeugten rechten Ellenbogen elliptisch nach außen, setzt das Glas an die untere Zahnreihe und gießt nun, während seine Augen sich kontinuierlich einstellen, das Getränk mit einem entschlossenen Ruck genau zwischen die Mandeln. Es ist wissenschaftlich festgestellt worden, daß nun in dem Hohlraum hinter den Mandeln gewisse, sich fortpflanzende Bewegungen entstehen und chemische Zersetzungs- und Umwertungsprozesse auftreten, die, dem lymphatischen System folgend, auf das Zentralnervensystem einwirken und damit auf den Sehnerv, was unter Umständen die gleichen Erscheinungen auslösen kann wie eine zu starke Dosis Atropin. Der Monco sieht nun irregulär, um so eigenartiger, je gründlicher er sein System durchführt, von dem man auch weniger wissenschaftlich sagen könnte: er nimmt Alkohol zu sich. Noch einfacher: er besäuft sich. Je gründlicher, um so unfehlbarer wird der ja als Trance gemeinhin bekannte Zustand, in dem er hellsieht. Die Lottonummern sieht. Zum Entsetzen des Finanzministers.

Die Folgen dieses Tuns zu beschreiben, sträubt sich die Schreibmaschine. Es sei nur an die Massenpsychosen des Mittelalters erinnert, an den Kinderkreuzzug beispielsweise, dem unerhörte Erscheinungen vorausgingen: Sterne stießen zusammen, die Flüsse kochten und in den Straßen lieferten sich die Hunde förmliche Schlachten. Dann begann das allgemeine Delirium. So auch jetzt wieder. In Rom tat man, als verfolge das ganze Volk mit Interesse Mussolinis Brennerkreuzzug, in Wirklichkeit aber lag es auf den Knien vor dem Monco oder in Verzückung auf dem Sofa. Dort kündigte auf offenem Platz der Monco in eigener Person die zu ziehende Nummernserie an, hier besorgte es der Radio. Der Radio ist aber in Italien ungefähr so stark verbreitet wie das Kriegsschiffwesen in der Schweiz — andernfalls stände heute kein Stein mehr auf dem anderen. Nämlich von dem Finanzministerium in Rom.

Immerhin, als der 13. Februar graute, mußten die Lottolädelchen im ganzen Regno daran glauben. Im Nu waren die Fensterscheiben, soweit vorhanden, in Trümmern, die bolletari, die Nummernzettel, erobert. Neue Massen heran. Verschwunden. Militär, Carabinieri, faszistische Miliz kämpften mit demselben Erfolg wie die Götter gegen dieselbe Erscheinung. Wer würde nicht weichen, wenn ein Trastevereweib mit blankem Küchenmesser sich Bahn bricht? Einer eleganten Florentinerin gelang dasselbe allerdings mit blanker Münze. Links und rechts austeilend, kaufte sie sich sozusagen die ganze Schlange samt dem polizeilichen Kopf, der auf die Einhaltung der fila bedacht sein hätte sollen. Das letzte Hemd wurde ins Leihhaus gebracht — morgen schon würde man ja in Samt und Seide gehen!

33 — 48.

Nur zu einem Ambo hatte sich der Seher verstehen können. Er wollte den Staat nicht gleich mit einem Quinterno (Kombination von 5 Doppelzahlen) ruinieren. Die magischen Zahlen tanzten hoch und niedrig vor Augen. Ein Abgeordneter schleppte in eigener Person neue bolletari herbei, als man ihm das „Ausverkauft" unter die Nase hielt. Neapel 33 — 48! Einer, der ohnmächtig vom Kampfplatz weggetragen wurde, erwachte in der Klinik mit dem Zauberruf auf den Lippen.

Am phantastischsten war die Raserei natürlich in Neapel und Apulien. Mit Doppelzentnern Post erdrückte man den Monco. Der Telegraph blieb auf der Strecke. Die Wertbriefe verschenkte er ungeöffnet oder stiftete sie für das Battistidenkmal in Bozen. Ihm genüge es, wenn der Staat die Eisenbahn nach dem nächsten Kulturzentrum baue, andernfalls werde er ihn — —

Und der Augenblick kam, wo man in 8 Städten, Bari, Florenz, Mailand, Neapel, Palermo, Rom, Turin und Venedig, einem Knaben die Augen verband, daß er hineingreife ins Rad. Und ein ganzes Volk hielt den Atem an —

Und ein ganzes Volk raufte sich die Haare. Vor den Zeitungskiosken ereigneten sich Szenen, gegen die eine Pensionatsaufführung ein Walpurgisnachttrubel wäre. Ich fragte eine popolana nur so nebenbei scherzend: Hat sich der Monco geirrt? Da drehte sich schon ihre Zeitung wie ein Feuerrad um meinen Gesichtserker. Mit geradezu bestialischer Gier stürmte an manchen Orten die Menge gegen die Bajonette an!

Der Monco hatte Italien vor dem Untergang gerettet. Denn wenn die von ihm gesichteten Nummern wirklich herausgekommen wären, hätte der Pleitegeier den Staat samt Mussolini gefressen. An hundert Millionen Einsätze, das macht, mit 250 multipliziert, wieviele Milliarden Auszahlung? So aber verhalf der Monco im Gegenteil dem Fiskus zu einer unerwarteten Einnahme, ebenso hoch, wie der Gesamtertrag der mit allen moralischen Druckmitteln durchgeführten letzten Nationalspende war! Mussolini kann schmunzelnd die zweite Rate an Amerika abführen.

Durfte, so frage ich, die mit Recht so beliebte Staatsräson überhaupt einen Sieg des Monco zulassen? Nein, das durfte sie nicht. Und wenn — ach, es gibt da eine kleine, dem Volk unbekannte Spielklausel, die dem Staat bei außergewöhnlichen Gewinnfällen das Recht einräumt, die Auszahlung auf 6 Millionen für eine Stadt zu beschränken. Wären also schlimmstenfalls 48 Millionen ins Volk gekommen. Immer noch ein Geschäft.

Der Monco hat sich bis auf weiteres „in die Falten des Vesuv geflüchtet."

G. [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1926022501l/fragment/page=0002
DFG